

Sehr geehrtes Präsidium, werte Synode, verehrte Betroffene und Publikum,
ich stehe heute hier als Expertin im Kinder- und Jugendschutz und als „Anwältin der Betroffenen – derer im Publikum.“ Betroffene sind logischerweise eine wirklich sehr heterogene Gruppe Menschen

Martin Luther prangerte in seinen 95 Thesen mutig und entschlossen Missstände innerhalb der Kirche an und forderte Veränderung. Dabei stellte er das Wohlergehen der Menschen, die Wahrheit und die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt.

Ist das die Haltung der heutigen Veranstaltung? Sind die Dialogräume eine Einladung an die Betroffenen, die nicht im Beteiligungsforum organisiert sind? Oder stellen sie vielmehr Abwehr dar?

Die Angst vor Disruption durch die Betroffenen von „außen“, führte zu einer besonderen Dynamik.

Die Atmosphäre des Dialograums war bemüht, aber wenig einladend. Spartanisch und chaotisch. Trotzdem ergaben sich gute, wertvolle Gespräche – zugewandt, auf Augenhöhe, bemüht. Betroffene wollen gehört und verstanden werden.

Sie machen allerdings immer wieder die Erfahrung, als Zumutung erlebt zu werden.

Jakob Feisthauer: Ich brauche keine erneute Belehrung darüber, warum ich heute nicht sprechen darf. Das habe ich wahrlich oft genug gehört. Ich war 2000- 2001 in der Landeskirche Hannover betroffen, seit 2003 suche ich Gehör und finde keins. In dieser Runde sprechen wir über Zeiträume von 20 bis 60 Jahren, in denen nichts passiert ist. Und heute werden wir immer noch nicht gehört.

Die Menschen vor Ort interessieren sich nicht für uns, deshalb gehen wir immer wieder eine Etage höher. Die evangelische Kirche versteht sich als demokratischer Prozess. Wir wollen Teil dieses Prozesses sein.

Die Betroffenen fordern eine demokratische Betroffenenbeteiligung

Henning Stein: Missbrauch ist ein Thema der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Kirche definiert sich aus sich selbst heraus, als gut. Und genau das ist ein riesiges Problem. Wo bleibt die Demut der Kirche?

Die Last liegt immer auf den Schultern der Betroffenen.

Wir brauchen ein Buddy System. Eine Person, die den betroffenen Menschen zur Seite gestellt wird, die sie konkret unterstützt, sich im Dschungel zurecht zu finden. Die Bedarfe reichen von Therapie bis zu Unterstützung beim OEG-Verfahren.

Betroffene fordern die Einrichtung einer externen Fachstelle: Die Fachstellen müssen von einem externen und unabhängigen Anbieter betrieben werden. Die Betroffenen sollen neutral und angemessen beraten werden können.

Betroffene fordern zu Recht eine angemessene Entschädigung. Für erlittene sexualisierte Gewalt und Ausbeutung. Dabei erleben sie immer wieder *eine Herabwertung ihrer Bedürfnisse*

Winfried Späth: Immer reden, reden, reden. Immer wieder neue Figuren, immer wieder neue Namen. „Wenn Sie kommen, wollen Sie immer nur Geld.“ Immer wieder mit diesen Figuren zu diskutieren, das bringt mir nichts. Ich brauche Geld, nicht irgendetwas anderes.

Klaus Kutzer: Ich fühle mich bevormundet und respektlos behandelt.

Die Kirche hat so eine große Fallhöhe. Sie sind noch nicht einmal gelandet. Es ist an der Zeit, dass Sie endlich mal landen.

Ich habe richtig Angst davor später mal in ein Pflegeheim zu kommen. Das überlebe ich nicht.

Lange galt das Schweigen. Jetzt gibt es viele Worte, hinter denen doch weiter geschwiegen wird, denn die Handlungen fehlen.

Ioannis Wolters war vom 01.04.1963 bis Herbst 1965 war „Gast“ in Freistaat. Monatelange Zwangsarbeit am Tag – von 07.00 bis 19.00 Uhr – und nachts der Missbrauch. „Nur einmal habe ich über die Vergewaltigungen mit einem Mitzöglings gesprochen und es hart bereut. Abends wurde ich von anderen Zöglingen vor der ganzen Gruppe nackt ausgezogen und von „Bruder“ Klapproth ausgepeitscht mit den Worten: „so ergeht es Jedem, der versucht, Lügen zu verbreiten.“ Danach habe ich alle Quälereien nur noch stillschweigend über mich ergehen lassen.“

Ich habe mich selbst hierher eingeladen. Wann werde ich von der Kirche eingeladen? 60 Jahre hat die Kirche geschwiegen. Ich war in der Hölle von Freistaat. Alle Betroffenen von dort sind über 80 Jahre alt. Mein Leid wurde bisher nicht anerkannt. Seit 20 Jahren kämpfe ich. Immer noch ein Forum, noch ein Forum, noch ein Forum. Das ist Zeitschinderei. Soll ich noch einmal 60 Jahre warten? Dann wäre ich 140 Jahre alt. Eine Entschädigung ist ohnehin etwas, dass ich mir durch die Zwangsarbeit selbst verdient habe.

Mit Betroffenen wird oft umgedeutet als Zumutung für die anderen – in diesem Fall die Kirche und die Diakonie. Den Betroffenen wird allerdings zugemutet, sich in „angemessener“ Weise mitzuteilen. Doch wer entscheidet, was angemessen ist?

Isa Antz – Traumafachberaterin: Ich möchte gerne vor der großen Synode sprechen. Darf ich aber nicht. Wieso muss ich schon wieder kämpfen? Ich mag nicht mehr getröstet werden. Warten, wieder warten und dabei freundlich und höflich bleiben. Ich werde nicht eingeladen. Im Gegenteil, mir wird vorgeworfen ich störe, spalte, verhindere.

Im Fall Johanna Grün habe ich zum Beispiel gerade erfahren, die Kirchenjuristin der Landeskirche Bayern bewertet den Fall als Nötigung. Die Staatsanwaltschaft spricht von Vergewaltigung.

Also stelle ich die Frage, wer verhindert hier eigentlich was?

Meine Kinder sind vorgewarnt. Ich gehe jetzt mit Namen und Gesicht in die Öffentlichkeit.

Detlef Schorn: Über 80 Prozent der Betroffenen werden nicht beteiligt. Die Umstände in denen sehr viele betroffene Heimkinder heute leben sind krachende Armut – wir sprechen über 14 Tage Knäkebrot und Schmelzkäse oder gar Katzen- oder Hundefutter, Isolation – schwere psychische und physische Beeinträchtigung. Menschen am Rand des Überlebens.

Edwin Bente: Die Diakonie muss dringend eine eigene Beteiligungsform für Betroffene schaffen und die Heimkinder einladen. Auch die Jugendämter müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Per Mail erreichte mich die Bitte von Silke Schumacher und Thies Stahl, der Synode und dem Rat folgende Fragen zu stellen:

- (1) Warum hat Bischöfin Fehrs, wie zuvor auch Ratspräsidentin Kurschus, und bis heute auch Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt, als Vorsitzende der Kirchenleitung der Nordkirche, unsere ihr und den anderen kirchenleitenden Personen seit Jahren immer wieder vorgelegte Beschwerde gegen Bischöfin Fehrs nicht bearbeitet?
- (2) Welche Auskunft hat Bischöfin Fehrs den durch uns gut informierten Betroffenenvertreter:innen bezüglich der Frage gegeben, warum sie den Aufarbeitungsprozess von Silke Schumacher hat scheitern lassen und warum sie ihre Befangenheit nicht erklärt, sondern mit Hilfe einer Gruppe von uns namentlich benannten Helfer:innen in der Kirche vertuscht hat?

Kerstin Krebs – Betroffene aus der Landeskirche Hannover – gibt eine Rückmeldung zum Plenum. Ihr Fazit: Die Kirche hat Angst. Sie sagt, es erschüttert mich, dass der Juristenapparat der EKD um Verständnis für Zeit und Ressourcenmangel bitten. Es macht mich unfassbar wütend, dass gesagt wird, die FORUM Studie weise Lücken auf, während doch die EKD selbst die Rahmenbedingen festgelegt hat, wonach die Wissenschaftler gearbeitet haben. Es macht mich wütend, wenn maßgebliche Angehörige der Kirche, die Forum Studie ganz subtil zerlegen wollen, weil sie ein Empfinden und ein Berührtsein für die Geschichten der Betroffenen plakativ wiederholen, während sie die Fehler – z.B. umfassende Akteneinsicht – als Missverständnis diskreditieren.

Diese feine Ziselierung zwischen Wissenschaft und Betroffenenenerleben hat Bischöfin Fehrs in einem Interview mit dem Deutschlandfunk in dilettantischer und für Betroffene und Wissenschaftler unzumutbarer Weise vollzogen.

In der Aussprache forderte Frau Dr. Nicole Grochowina den Kulturwandel. Sie sagte das dickste „Ja ever“ zum Kulturwandel und will der Kirche Beine machen. Ein Wandel vollzieht vor allem durch Taten.

Eine Tat wäre zum Beispiel gewesen, es Betroffenen zu ermöglichen, ihre Belange online zur Sprache zu bringen. Die Anreise ist beschwerlich, teuer und oft nicht leistbar.

Ich zitiere noch einmal Henning Stein: Missbrauch ist ein Problem der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft.

Die EKD und der mangelnde Mut zur Selbstkritik

Kinderschutz bedeutet, sich der eigenen Verantwortung zu stellen und bereit zu sein, zu lernen. Luther ging massiv gegen Vertuschung und Machtmissbrauch vor. Eine ehrliche Aufarbeitung von Missbrauch und strukturellen Schwächen ist keine Option, sondern eine Verpflichtung. Die EKD darf sich nicht darauf beschränken, Missbrauch als isolierte Einzelfälle zu behandeln. Nur durch Transparenz und konsequente Aufarbeitung systemischer Strukturen und institutioneller Versäumnisse entstehen sichere Räume.

Die Betroffenen fordern eine Unabhängige und schonungslose Aufarbeitung.

Seelsorge stellt die Menschen in den Mittelpunkt

Die Kernbotschaft der Reformation war es, Menschen zu stärken und sie zu befreien. Wenn Seelsorge ihrer Aufgabe gerecht werden will, dann muss sie das Wohl und die Sicherheit der Menschen, denen sie dient, zum Zentrum machen. Die Kirche darf keine unkontrollierten Räume zulassen, in denen Missbrauch gedeihen kann. Aufklärung, Aufarbeitung, unabhängige Anlaufstellen und systematisches Monitoring sind neben Sensibilisierung und Schulungen für alle Mitarbeitenden und einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Macht in der Seelsorge“ entscheidende Schritte, um Kinder zu schützen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Eine Kirche, die Betroffene stärkt

Ich bin aufgefordert, die Stimmen Betroffener zu vertreten, die allzu oft überhört wurden und werden. Sie fordern zu Recht, die Möglichkeit, gehört zu werden und mitzubestimmen. Sie fordern zu Recht eine Kirche, die ihnen Schutz bietet und ihre Perspektiven ernst nimmt. Betroffene fordern zu Recht, dass die Kirche nicht nur zuhört und spricht, sondern handelt! Sie fordern zu Recht, dass ihre Erfahrungen die Grundlage für Verbesserungen und Schutz- oder besser noch Fürsorgekonzepte sind. So kann die evangelische Kirche und die Diakonie einen Kulturwandel schaffen, der nicht nur Sicherheit, sondern auch Vertrauen fördert.

Die Betroffenen fordern die Einrichtung einer Ombudsstelle, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Belange gegenüber der Kirche durch eine Ombudsstelle durchsetzen zu lassen.

Auf Worte müssen Taten folgen

Die Kirche und die Diakonie Deutschland muss mit vollem Einsatz ihre institutionelle Verantwortung annehmen. Die Kirche der Zukunft darf nicht nur sprechen, sie muss handeln. Die Reformation hat uns gelehrt, den Mut zu haben, sich neu zu definieren und die Werte – in diesem Fall die Werte Betroffener – in den Mittelpunkt zu stellen. Im Geist dieser Reformation bitte ich Sie, heute für eine starke Gemeinschaft einzustehen, in der Worte zu Taten werden und, in der die Betroffenen von damals endlich und Kinder und Jugendliche von heute schneller den Schutz und die Unterstützung finden, die sie verdienen.

Vielen Dank